

Öffentliche Finanzen

Innerhalb der Drei Bünde kann lange Zeit nicht von einer staatlichen Finanzverwaltung gesprochen werden. Öffentliche Ausgaben für die Landesverteidigung und für das Strassenwesen trugen die Gerichtsgemeinden. Sie nahmen auch polizeiliche und judikative Aufgaben wahr. Das Armen- und das Schulwesen wurden weitgehend der privaten Initiative überlassen. In den Nachbarschaften wurden die Kosten für ausserordentliche Ausgaben wie Kirchen- oder Brückenbau «geschnitzt», das heisst auf die einzelnen Haushalte verteilt.¹

Die Landesausgaben beschränkten sich auf die Verwaltung der Drei Bünde. Mit der «Reforma» von 1603 wurde erstmals die Besoldung der Häupter, Ratsboten und Bundesschreiber mit Taggeldern geregelt.² Diese relativ hohen Aufwände konnten oft gar nicht aus der leeren Landeskasse bezahlt werden. Es herrschte permanenter Mangel an Bargeld, sodass der Zollpächter oder andere vermögende Privatpersonen vielfach die Sitzungsgelder vorstreckten.³

Gemäss der Landesrechnung von 1682/83 standen sich Ausgaben von 4922 Gulden und ordentliche Einnahmen von 7470 Gulden gegenüber.⁴ Darin waren allerdings bloss die Zolleinnahmen berücksichtigt, da die Erträge aus den Untertanengebieten und ausländische Pensionszahlungen direkt an die Gerichtsgemeinden weiterverteilt wurden.⁵ Die Pensionen oder Annaten bildeten ohnehin schwankende Einkünfte, da ihre Auszahlung von der politischen Stimmungslage bei den betreffenden Mächten abhängig war. Im Ewigen Frieden mit Frankreich von 1516 war den Drei Bünden eine jährliche Pension von 6000 Pfund (ca. 3000 Gulden) versprochen worden; die Erbeinung mit Österreich 1518 hatte ihnen jährlich 600 Gulden zugesichert; die Mailänder Kapitulate ab 1639 sahen jährlich 4500 Scudi (ca. 9000 Gulden) vor. Dazu kamen – ebenfalls unregelmässig fliessende – Zuwendungen aus Venedig.⁶ **39.01**

Erst durch die Verpachtung aller Landeszölle an die Churer Spediteure ab dem späten 17. Jahrhundert wurden positive Saldi für die Landeskasse generiert, die direkt durch die Zolleinnehmer geführt wurde. Der Pachtzins von 14 000 Gulden änderte sich dabei – angeblich wegen Bestechungen – lange Zeit nicht, wurde aber im Jahr 1787 unvermittelt

auf 32 000 Gulden angehoben. Da man «grosse Sparsamkeit» übte, konnten die Zolleinnahmen die Landesausgaben decken.⁷ Überschüsse wurden dank gezielter Geldanlagen bei der Bank of England und durch Darlehen an Private generiert.⁸

Die Einkünfte aus der Landvogtei Maienfeld waren gering, da man ständig in die dortigen Güter, Gebäude und Weingärten reinvestieren musste. Auch die Veltliner Ämter lieferten nur bescheidene Erträge, wie die von den «Syndikatore» geprüften Kammerrechnungen zeigen.⁹ Je ein Drittel der Einnahmen (Bussen, Patente, Begnadigungen) ging an die Landeskasse, an die Gerichtsgemeinde und an die Amtsleute. **34 Politik und Verwaltung** Viel entscheidender waren daher die üblichen Ämterverkäufe durch die Hochgerichte, womit sich die Aristokratie Einnahmen und stabile Beziehungsnetze sicherte.¹⁰

Die Drei Bünde erhoben von den Veltliner Untertanengebieten keine Steuern, sondern auferlegten ihnen die Kosten der Territorialverwaltung und vor allem die zwar nur sporadisch anfallenden, dann aber jeweils hohen Kriegskosten. Bereits bei der Besetzung des Veltlins 1512 forderten sie dem Tal eine Kriegskontribution von 20 000 Pfund ab, später auch etwa die Kosten der beiden Müsserkrige. **36.01** Die höchsten Belastungen für das Veltlin wurden jedoch nicht durch Bündner, sondern durch spanische, kaiserliche und französische Truppen nach 1620 verursacht.¹¹

Es war Sache des Veltliner Talschaftsrates, die entstandenen Kosten auf die Terzieri (Verwaltungsbezirke) und auf die einzelnen Gemeinden aufzuteilen. Die Gemeinden wiederum hatten die erforderlichen Beträge bei der Bevölkerung einzutreiben. Der aufgrund des «Estimo», der Schätzung von Einkünften und Gewinnen, festgelegte Kostenteiler zwischen den Gemeinden blieb während der ganzen Bündner Herrschaftszeit unverändert. Die Gemeinden waren hingegen gezwungen, die Steuereinschätzungen laufend den sich ändernden Besitzverhältnissen anzupassen. Auf die gegen Ende des 18. Jahrhunderts immer dringlicheren Beschwerden ihrer Veltliner Untertanen reagierten die Bündner, indem sie auf die im Vergleich mit den Landvogteien der Eidgenossen geringe Steuerbelastung hinwiesen.¹² **39.02**



39.06 Geldkiste aus Chur, um 1600. Darin wurden Geldmünzen und wertvolle Schriften aufbewahrt.

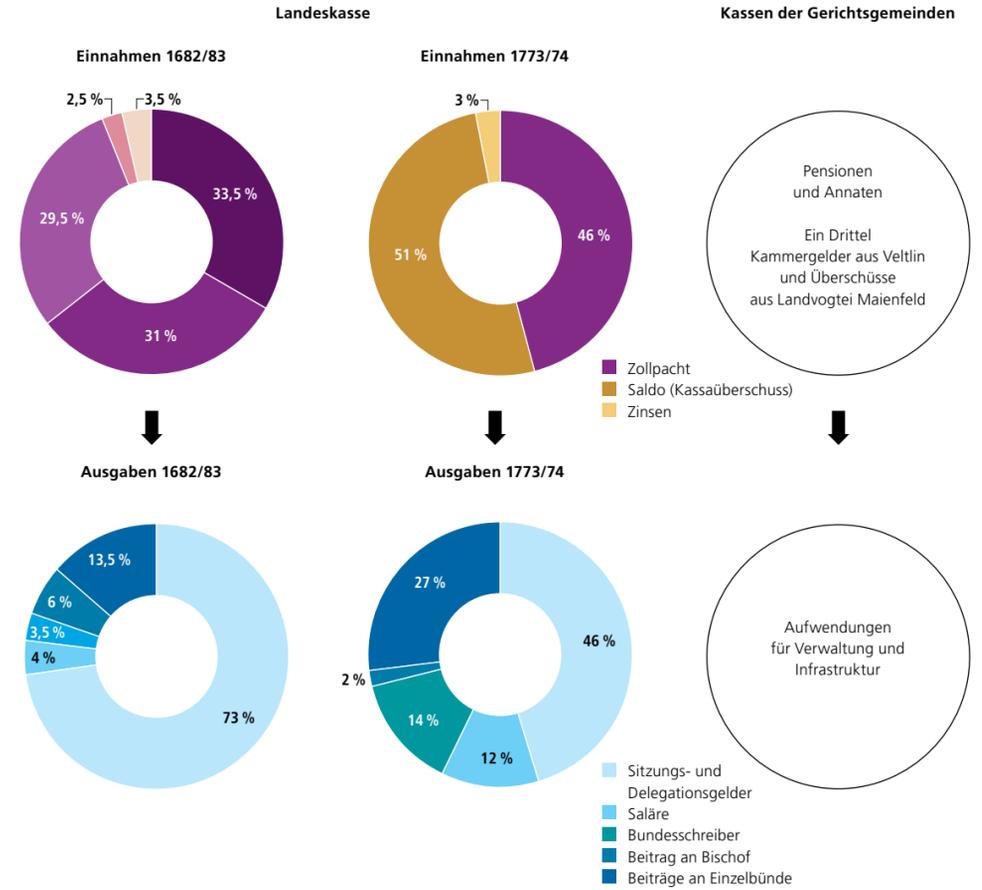
39.07 Auszug aus der kantonalen Verwaltungsrechnung von 1856.

Verwaltungsrechnung			
Ausgaben		Einnahmen	
Posten	Summe	Posten	Summe
Zulassung der Ausgaben			
1. 1. 1656	12,300	1. 1. 1656	12,300
2. 1. 1657	12,300	2. 1. 1657	12,300
3. 1. 1658	12,300	3. 1. 1658	12,300
4. 1. 1659	12,300	4. 1. 1659	12,300
5. 1. 1660	12,300	5. 1. 1660	12,300
6. 1. 1661	12,300	6. 1. 1661	12,300
7. 1. 1662	12,300	7. 1. 1662	12,300
8. 1. 1663	12,300	8. 1. 1663	12,300
9. 1. 1664	12,300	9. 1. 1664	12,300
10. 1. 1665	12,300	10. 1. 1665	12,300
11. 1. 1666	12,300	11. 1. 1666	12,300
12. 1. 1667	12,300	12. 1. 1667	12,300
13. 1. 1668	12,300	13. 1. 1668	12,300
14. 1. 1669	12,300	14. 1. 1669	12,300
15. 1. 1670	12,300	15. 1. 1670	12,300
16. 1. 1671	12,300	16. 1. 1671	12,300
17. 1. 1672	12,300	17. 1. 1672	12,300
18. 1. 1673	12,300	18. 1. 1673	12,300
19. 1. 1674	12,300	19. 1. 1674	12,300
20. 1. 1675	12,300	20. 1. 1675	12,300
21. 1. 1676	12,300	21. 1. 1676	12,300
22. 1. 1677	12,300	22. 1. 1677	12,300
23. 1. 1678	12,300	23. 1. 1678	12,300
24. 1. 1679	12,300	24. 1. 1679	12,300
25. 1. 1680	12,300	25. 1. 1680	12,300
26. 1. 1681	12,300	26. 1. 1681	12,300
27. 1. 1682	12,300	27. 1. 1682	12,300
28. 1. 1683	12,300	28. 1. 1683	12,300
29. 1. 1684	12,300	29. 1. 1684	12,300
30. 1. 1685	12,300	30. 1. 1685	12,300
31. 1. 1686	12,300	31. 1. 1686	12,300
32. 1. 1687	12,300	32. 1. 1687	12,300
33. 1. 1688	12,300	33. 1. 1688	12,300
34. 1. 1689	12,300	34. 1. 1689	12,300
35. 1. 1690	12,300	35. 1. 1690	12,300
36. 1. 1691	12,300	36. 1. 1691	12,300
37. 1. 1692	12,300	37. 1. 1692	12,300
38. 1. 1693	12,300	38. 1. 1693	12,300
39. 1. 1694	12,300	39. 1. 1694	12,300
40. 1. 1695	12,300	40. 1. 1695	12,300
41. 1. 1696	12,300	41. 1. 1696	12,300
42. 1. 1697	12,300	42. 1. 1697	12,300
43. 1. 1698	12,300	43. 1. 1698	12,300
44. 1. 1699	12,300	44. 1. 1699	12,300
45. 1. 1700	12,300	45. 1. 1700	12,300

39.01 Landesrechnungen 1682/83 und 1773/74

Die Landeskasse der Drei Bünde speiste sich vorab aus der Verpachtung der Zölle. Überschüsse wurden investiert und führten zu positiven Saldi. Diese Gelder wurden für Verwaltungsaufgaben verwendet. Die Pensionen aus Mailand und die Annaten aus Österreich wurden direkt an die Gerichtsgemeinden verteilt, ebenso ein Drittel der Einkünfte aus den Untertanengebieten (sog. Kammergelder). **37 Militär**

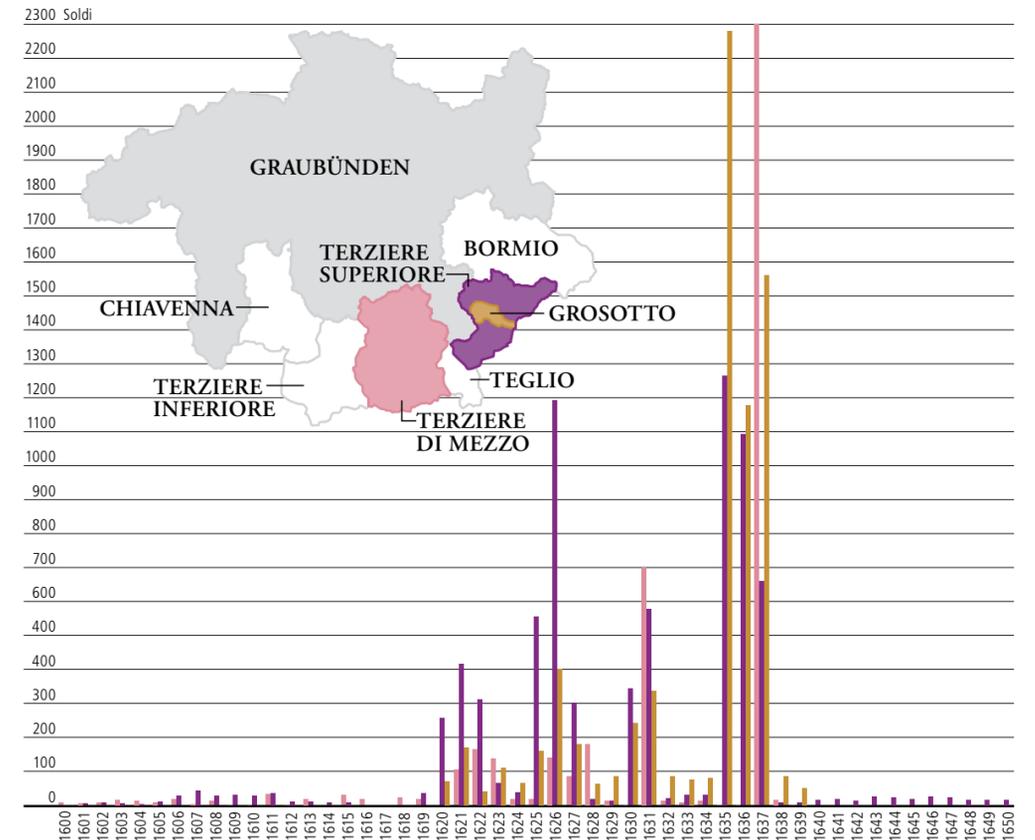
- Zoll Chiavenna
- Zoll Valtellina
- Zoll Chur
- Zoll Zuoz
- Zoll Maienfeld



39.02 Steuereinschätzungen im Veltlin, 1600-1650

In normalen Zeiten waren die Abgaben, welche die Drei Bünde dem Veltlin auf der Grundlage des «Estimo» zur Deckung der Kosten der Bündner Verwaltung auferlegten, sehr bescheiden. Auffallend ist die beträchtliche Zunahme in der Zeit der Veltliner Kriege, die auf den Veltlinermord folgte, insbesondere ab 1635 im Zusammenhang mit der Besetzung des Veltlins durch die Truppen des Herzogs von Rohan. Das Beispiel Grosotto zeigt, wie die von den Terzieri getragene Steuerlast in gleichem Mass – manchmal mit leichter zeitlicher Verzögerung – an die einzelnen Gemeinden weitergegeben wurde.

- Terzieri di Mezzo
- Terzieri Superiore
- Grosotto

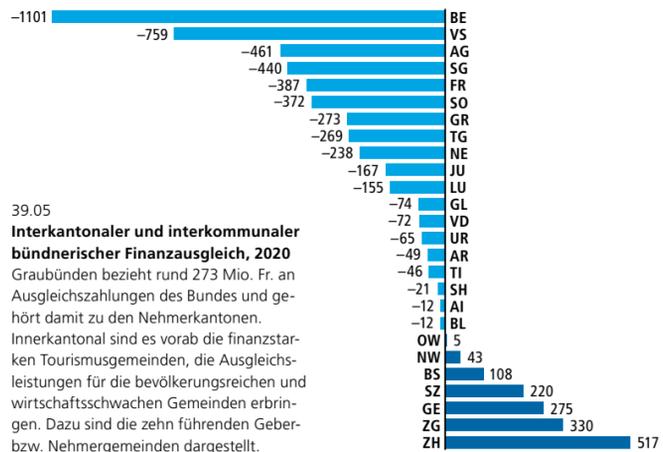


39 Bis zur Einführung direkter Steuern im Jahre 1856 funktionierte der Bündner Staatshaushalt im Prinzip noch gleich wie im Freistaat des Ancien Régimes. Erst als das Zollwesen sowie das Post- und Salzregal, die 1835 noch 70 Prozent der Einnahmen ausmachten, an den Bund übergangen, kam es zu Veränderungen.¹³ Die ersten ordentlichen Steuererträge (137 800 Franken) dienten zur Deckung der staatlichen Verwaltungsrechnung 1856, deren Ausgaben sich zur Hauptsache auf Strassenerneuerungen sowie auf das Militär- und das Schulwesen bezogen. Die Gesamtausgaben stiegen 1864 erstmals über eine Million Franken, 1892 auf zwei und 1913 auf vier Millionen Franken. Die Strassenbau- und Eisenbahnschulden mussten durch Überschüsse der Kantonalbank abgebaut werden, was sich in der Verwaltungsrechnung nicht niederschlug.¹⁴ Gleichwohl wuchs die Verschuldung wegen der hohen Passivzinsen in den Krisenjahren an. Neben dem Strassen- und Bauwesen war das Erziehungswesen verhältnismässig kostentreibend. Ab 1895 schlugen auch die Ausgaben des neu eingeführten Departements für Volkswirtschaft zu Buche, während die Militärausgaben im Verhältnis rückläufig waren.¹⁵ 39.03

Die öffentlichen Finanzen erholten sich nach den Wirtschafts- und Kriegskrisen im 20. Jahrhundert nur langsam. Das düstere Bild verbesserte sich erst ab den 1960er-Jahren, sodass Mittel für das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen frei wurden. Parallel dazu entstanden neue Aufgabenfelder wie Umweltschutz, Raumplanung oder Zivilschutz. Dadurch stiegen auch die Verwaltungsausgaben, wenngleich sie auf einem relativ tiefen Niveau blieben.¹⁶ 39.07

Die kantonalen Steuererträge der natürlichen Personen wuchsen von fast 530 000 Franken im Jahr 1880 auf 9 132 521 Franken im Jahr 1950 und knapp 350 000 000 Franken im Jahr 2000.¹⁷ Der volkswirtschaftliche Aufschwung ab Mitte des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich indes auf bestimmte Regionen. Bereits vor der Erschliessung mit Eisenbahnen und vor dem Aufschwung des Fremdenverkehrs bestanden bessere finanzielle Voraussetzungen in den Kreisen Oberengadin oder Bergell. Diesen gegenüber standen um 1880 landwirtschaftliche Randregionen wie die Kreise Alvaschein, Avers, Lugnez oder Roveredo mit geringer Steuerkraft. Vom Aufschwung dank Tourismus und Wasserkraftwerken profitierten bis 1950 insbesondere die Kreise Davos, Klosters, Schanfigg (mit Arosa), Chur, Trins (mit Flims) oder Rheinwald. Weiterhin steuerschwach blieben die Kreise Calanca, Val Müstair, Belfort und Surses. Bis 2000 war die Steuerkraft pro Kopf im Oberengadin, in Klosters und in Davos gross, während Safien, Calanca, Brusio und Poschiavo steuerschwache Regionen bildeten. 39.04

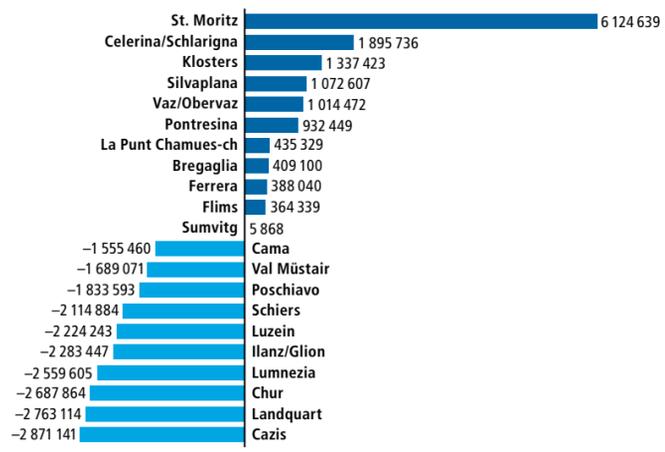
39.05 Nehmer- und Geberkantone (2020)
Nettoausgleichszahlungen in Mio. Schweizer Franken



Die Bundesverfassung von 1874 enthielt erste Subventionsartikel, welche die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Kantone ausglich.¹⁸ Vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Strassen und öffentlicher Verkehr flossen seither mehrere hundert Millionen Franken nach Graubünden. Die ersten Kantonssubventionen wurden für Meliorationen und Wuhrbauten, sodann für Dorfschulen und Armenunterstützungen aufgewendet.¹⁹ Die dramatische Lage in agrarischen Kleingemeinden ► 40.02 führte 1958 zur Einführung des interkommunalen Finanzausgleichs.²⁰ Dazu wurde die Steuerkraft der Gemeinden ab 1993 in fünf Finanzkraftklassen eingeteilt, wobei der Ausgleichsfonds 20 Millionen Franken umfasste.

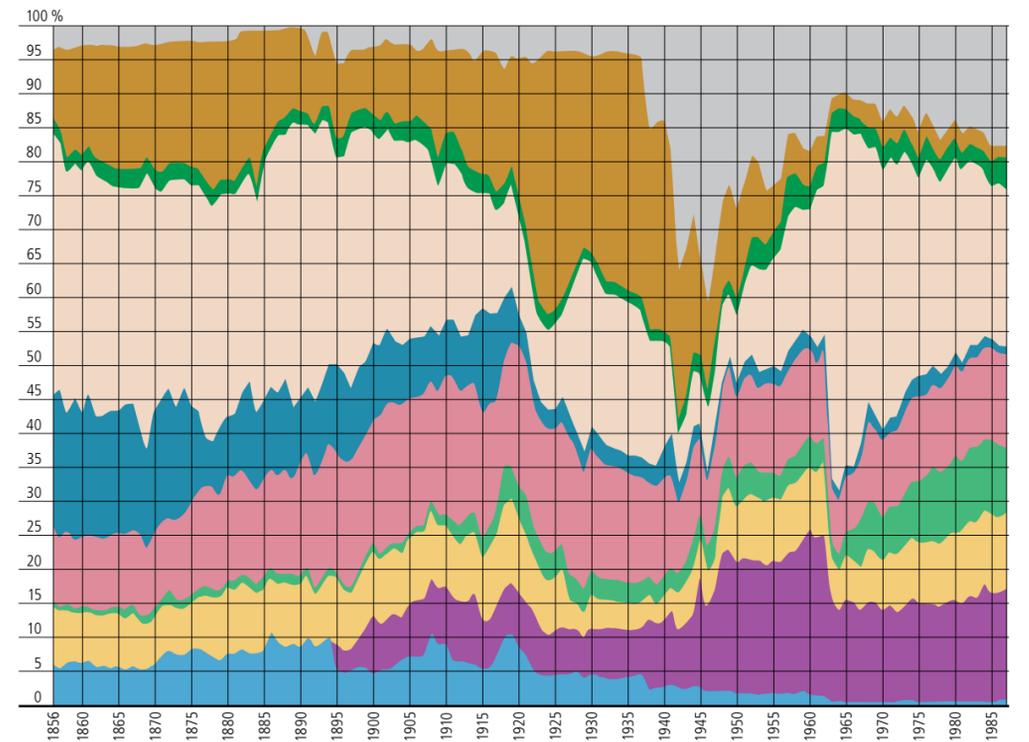
Im interkantonalen Vergleich gehört Graubünden regelmässig zu den «finanzschwachen» Kantonen.²¹ Innerkantonal sind es vorab die finanzstarken Tourismus- und Kraftwerksgemeinden, die Ausgleichsleistungen für die bevölkerungsreichen und wirtschaftsschwachen Gemeinden erbringen. Pro Kopf umgerechnet sind die Hauptbezüger Furna, Cama, Tschappina, Flerden, Calanca und Rheinwald. 39.05

39.04 Nehmer- und Gebergemeinden im Kanton Graubünden (2020)
Finanz- und Lastenausgleich in Schweizer Franken



39.03 Kantonale Ausgaben gemäss ordentlicher Verwaltungsrechnung, 1856–1987
Mit der Einführung einer direkten kantonalen Steuer setzten die ordentlichen Staatsrechnungen ein. Damit lassen sich die Aufwendungen und Ausgaben der einzelnen Verwaltungszweige dokumentieren. Die prozentuale Verteilung veranschaulicht die Dominanz des Strassen- und Bausektors im Bergkanton. Anhand der Passivzinsflächen lässt sich die Schuldenkonjunktur ablesen.

Anteile der verschiedenen Verwaltungszweige, in Prozenten



39.04 Pro-Kopf-Steuererträge (natürliche Personen) für die Jahre 1880, 1950 und 2000, indiziert nach allen 39 Kreisen
Die volkswirtschaftliche regionale Entwicklung widerspiegelt sich in der Steuerkraft der Kreise. Diese setzt bereits 1880 auf unterschiedlichen Niveaus ein. Der Dynamik des «reichen» Kreises Oberengadin schliessen sich bis 1950 weitere touristische und zentralörtlich geprägte Regionen an. Bis 2000 verfestigt sich insbesondere die Stagnation in den peripheren, steuerschwachen Kreisen.

Index: Oberengadin = 100

